

„Hierarchisch“ und „synodal“ / „primatial“ und „demokratisch“ / „Amtspriestertum“ und „allgemeines Priestertum“

„Hierarchie“ und „Synode“ sind zwei *Entscheidungsstrukturen*, je nach der zur Verfügung stehenden Zeit. Militär, Staatsanwaltschaft, Wirtschaft und Feuerwehr stehen gewöhnlich unter Zeitdruck und sind deshalb hierarchisch konstruiert. Das bedeutet aber gerade nicht, dass die höchste Instanz alle Entscheidungen an sich ziehen sollte. Wenn eine kleine Truppe einen feindlichen Panzer am Horizont entdeckt, ist fürs erste ihr Unteroffizier Oberbefehlshaber (dessen Entscheidung dann immer noch eventuell von einem hinzukommenden höheren Offizier kassiert werden kann, ohne dass deshalb der Unteroffizier abgesetzt werden müsste). Wenn ein Haus brennt, wird die herbeieilende Feuerwehr sich nicht erst einmal an einen runden Tisch setzen, um darüber zu debattieren, von welcher Seite man mit dem Löschen anfangen sollte. Nur wenn eine Entscheidung nicht sehr eilt, kann man ausführlich miteinander beraten. Gerichte sind gewöhnlich synodal konstruiert, weil ja z. B. der Dieb bereits eingefangen ist und man Zeit hat.¹

Hierarchie ist also kein Überbleibsel von Feudalismus, noch geht es in Synode bereits um Demokratie, sondern um gemeinsame Beratung aller für eine Entscheidung wichtigen Gesichtspunkte in Bezug auf alle Betroffenen. Vor allem handelt es sich nicht um unterschiedlich „wertvolle“ Strukturen in dem Sinn, dass die eine notwendig der anderen vorzuziehen wäre. Diese beiden Strukturen sind auch keine kirchliche Besonderheit, sondern haben einen ganz natürlichen Grund in der für eine Entscheidung unterschiedlich zur Verfügung stehenden Zeit.

Als der Münsteraner Bischof Clemens Graf von Galen in seinen berühmten Predigten vom 13., 20. und insbesondere 3. August 1941 gegen den unmittelbar vorangegangenen Abtransport und die vermutliche Tötung Geisteskranker durch die Nationalsozialisten amtlich protestierte, hätte er nicht bis zur nächsten Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz abwarten können.

Sogenannter „Zentralismus“ dagegen ist Missbrauch der hierarchischen Struktur; aber auch das synodale Prinzip wird missbraucht, wenn man mit Synoden letztlich dringende Entscheidungen verzögert. Es handelt sich dann um eine Art unbewusster oder bewusster Sabotage wie beim auf die Spitze getriebenen „Dienst nach Vorschrift“.

Im Zusammenhang der Definition des päpstlichen Primats zitiert das I. Vatikanum eine Antwort Gregors des Großen (Papst 590–604) auf einen Brief von Eulogius von Alexandrien, der ihn darin mit dem Titel „Universalis Papa“ angeredet hatte. Gregor der Große verbittet sich diese Anrede mit der Begründung, seine Ehre

¹ Vgl. HANS DOMBOIS, *Hierarchie - Grund und Grenze einer umstrittenen Struktur*, Herder: Freiburg - Basel - Wien 1971. Hans Dombois (1907– 1997) war Staatsanwalt und evangelischer Kirchenrechtler.

bestehe in der Ehre der gesamten Kirche (und offenbar nicht umgekehrt). Er werde geehrt, wenn alle Bischöfe in ihrer Autorität unbeeinträchtigt sind, wenn also einem jeden die gebührende Ehre nicht versagt wird (vgl. Denzinger-Hünemann, Kompendium der Glaubensbekenntnisse und kirchlichen Lehrentscheidungen, [DH n. 3061]). Deshalb ist der päpstliche Primat nicht als Einschränkung sonstiger Hierarchie und Synodalität in der Kirche zu verstehen, sondern als ihr letztinstanzlich möglicher *institutioneller* Schutz. Es gibt keine höhere rechtliche Instanz über dem Papst, aber er bleibt natürlich gegenüber eventuellen Einwänden gegen seine Entscheidungen aufgefordert, diese Einwände mit Vernunftgründen zu entkräften, anstatt sich nur auf seine formale Autorität zu berufen oder bloß darauf, dass er sich habe beraten lassen (vgl. Gal 2,11-21).

So wie „hierarchisch“ und „synodal“ bereits natürliche Entscheidungsstrukturen sind, die wie selbstverständlich auch in Kirche angewandt werden, sollte es auch in Kirche Gewaltenteilung und Verwaltungsgerichtsbarkeit geben, die den Papst in seiner primatialen Aufgabe unterstützen, „Diener der Diener Christi“ zu sein und die Rechte aller zu gewährleisten.

Kirche ist das fortdauernde Geschehen der Weitergabe der Botschaft Jesu. Das ist das Amt *der* Kirche. Das Amt *in* der Kirche unterstreicht, dass der Glaube nicht nur für jeden *Einzelnen* „vom Hören kommt“ (Röm 10,17), also notwendig ein überlieferter Glaube ist, sondern auch für die *Gemeinde* als solche. Sie kann den Glauben nicht neu erfinden. Ein solches Amt „*muss* es geben *können*“ (das ist nicht dasselbe wie „geben muss“); in diesem Sinn ist das Amt *in* der Kirche mit ihrer Institution mitgegeben und unverlierbar (DH 4152).

Wie es ein gemeinsames Priestertum aller Laien gibt, so gibt es auch ein gemeinsames Laientum aller Priester: Priester kann jemand nur für andere sein, für sich selber ist er Laie. Selbst der Papst kann sich nicht selber von seinen Sünden losprechen.

Niemand hat ein Recht darauf, zum Priester geweiht zu werden. Deshalb ist es ein falsches Gleis, zu meinen, dass es in der Frage nach dem Priestertum für Frauen um Gleichberechtigung gehe. Vielmehr geht es darum, dass für die Wahrheit der Glaubensverkündigung das Geschlecht des Verkündenden nicht entscheidend sein kann (vgl. Gal 3,28). Dass nur Männer geweiht werden können, ist kein möglicher Glaubensgegenstand und kann deshalb auch nicht unfehlbar gelehrt werden, denn es ist nicht verstehbar als Selbstmitteilung Gottes.

In Bezug auf Glaubensaussagen gilt nämlich, dass sie durch ihren Inhalt („aus sich“) verlässlich sind. *Niemand* kann Aussagen herstellen, die verstehbar wären als das Geschehen der Selbstmitteilung Gottes und dennoch falsch wären. Die christliche Botschaft wird zwar als Wort Gottes nur im Glauben („non sine assensu ecclesiae“, DH 3349) erkannt, aber keineswegs erst durch den Glauben („non ex consensu ecclesiae“) zum Wort Gottes gemacht. In diesem Sinn ist nicht nur der Papst, sondern auch die Gesamtheit der Glaubenden („universitas fidelium“) unfehlbar (vgl. DH 4130). Wäre nur der Papst unfehlbar, dann könnten die Gläubigen seine Unfehlbarkeit nicht unfehlbar erkennen; was nützte sie ihm und ihnen dann?

Eine Demokratie, bei der man gegeneinander um die Mehrheit „kämpfen“ muss und in der es nur um Sieg oder Niederlage geht, ist suboptimal. Denn manchmal wird dann eine gerade nicht von einer Mehrheit gewählte kleine Partei zum Zünglein an der Waage. Solange man unter Demokratie versteht, man müsse für die eigenen Interessen eine Mehrheit finden und brauche sich dann um die Minderheit nicht mehr zu kümmern, wird eine so *gedachte* Demokratie in der *Realität* für die Minderheit schwer zu ertragen sein. Genau in einem solchen suboptimalen Sinn ist die Kirche *keine* Demokratie, wohl aber in diesem anderen: Es kommt darauf an, zu derjenigen Entscheidung zu gelangen, die von den Betroffenen insgesamt *am wenigsten abgelehnt* wird. Dafür sei auf die Wieder- oder Neuentdeckung des sogenannten „systemischen Konsensierens“ als wirklich demokratisch verwiesen.²

Alle von einer Entscheidung Betroffenen sollten auch persönlich oder durch Repräsentanten daran mitwirken. Sie sollten bereits *in ihrem eigenen Inneren* wie parlamentarisch konstituiert sein, also eine Art Parlament bilden, in welchem sie, anstatt nur für die eigenen Interessen einzutreten, zusammen mit den innerlich repräsentierten Anderen Sitz und Stimme haben.³ Jeder sollte in Kenntnis der Interessen aller entscheiden bzw. Repräsentanten wählen, anstatt nur die eigenen Interessen zu kennen. Es ginge auch nicht um Nutzenmaximierung für möglichst viele, sondern zuerst um Minimierung eventuellen Schadens oder auch nur von Kosten für welche Betroffenen auch immer. Das Grundprinzip der Ethik *fordert* Schadensminimierung für wen auch immer; wenn diese Forderung erfüllt ist, wird zur Nutzenmaximierung immerhin noch *eingeladen*.

In der Tat ist ja unsere menschliche Fähigkeit zur Empathie geradezu die höchste Fähigkeit der Vernunft. Unter Vernunft sei hier der Gegensatz zu Unvernunft und Willkür verstanden: jeder verantwortliche Umgang mit der Wirklichkeit. Selbst künstlerische Kreativität gehört zur menschlichen Vernunft. Das Gewissen ist mit der Vernunft identisch, insofern sie in der Lage ist zu beurteilen, ob eine Handlung universal (= ohne Horizonteinschränkung) gesehen einen angestrebten Wert fördert oder aber kontraproduktiv ist und diesen Wert untergräbt („Raubbau“).

Um Demokratie nicht überzustrapazieren, ist es bei großen Menschengruppen sinnvoll, dass Repräsentanten gewählt werden, denen man Vertrauen schenkt. Dies bezeichnet man als „repräsentative Demokratie“. „Partizipative Demokratie“ würde dann vor allem in der Schaffung einer institutionellen Möglichkeit bestehen, dass wer auch immer will, von den Repräsentanten leicht abrufbare Problemlösungsvorschläge einbringen kann. Den Repräsentanten wird aber Entscheidungsmacht nicht auf unbestimmte Zeit übertragen, sondern in Wahlen findet ein Rollentausch statt: Es wird über die Repräsentanten neu entschieden.

² [youtube.com/watch?v=GD-QpWAI9Bs](https://www.youtube.com/watch?v=GD-QpWAI9Bs) / [youtube.com/watch?v=fEJFXeuKtG4](https://www.youtube.com/watch?v=fEJFXeuKtG4) (07. 10. 2021).

³ Vgl. DIETER SUHR, *Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung. Über Hegel und Marx zu einer dialektischen Verfassungstheorie*. Duncker & Humblot: Berlin 1975.